



Beauftragte der
Bundesregierung für die
Belange von Menschen mit Behinderungen



Bundesverband
Selbsthilfe
Körperbehinderter e.V.

In Zukunft diskriminierungsfrei?!

Zehn Jahre Allgemeines Gleich-Behandlungs-Gesetz (AGG)
Tagungsdokumentation



in Leichter Sprache



WICHTIG

In den Texten stehen oft nur die Wörter für Männer.

Zum Beispiel:

Im Text steht nur Arzt.

Dann kann man den Text leichter lesen.

Aber auch Frauen sind gemeint.

Zum Beispiel:

Das Wort Arzt steht im Text.

Der Arzt kann ein Mann sein.

Aber ein Arzt kann auch eine Frau sein.

Die Frau heißt dann:

Ärztin.





Beauftragte der
Bundesregierung für die
Belange von Menschen mit Behinderungen



Bundesverband
Selbsthilfe
Körperbehinderter e.V.

In Zukunft diskriminierungsfrei?!

10 Jahre Allgemeines Gleich-Behandlungs-Gesetz (AGG)

Tagungsdokumentation in Leichter Sprache

Veranstaltung am 21.09.2016

Beauftragte der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen
Bundesverband Selbsthilfe Körperbehinderter e.V. (BSK)

INHALT

BEGRÜSSUNG

Begrüßung von Frau Verena Bentele, Beauftragte der Bundes- Regierung für die Interessen von Menschen mit Behinderung	Seite 4
Gruß-Wort von Gerwin Matysiak, Bundes-Vorsitzender vom Bundes-Verband Selbsthilfe Körperbehinderter e.V.	Seite 11

REDEN

Horst Frehe: Wie ist das Allgemeine Gleich-Stellungs-Gesetz entstanden?	Seite 18
Dr. Michael Richter: 10 Jahre Allgemeines Gleich-Behandlungs-Gesetz	Seite 28

WORKSHOPS

Ergebnisse der Arbeits-Gruppen.....	Seite 34
Arbeits-Gruppe A: Arbeit und Behinderung	Seite 35
Arbeits-Gruppe B: Zugang zum Recht	Seite 40
Arbeits-Gruppe C: Barrierefreie Mobilität	Seite 44
Arbeits-Gruppe D: So wird es in Österreich gemacht	Seite 48

STATEMENTS

Meinung von Yasmin Fahimi zum AGG	Seite 54
Abschluss-Statement Frau Bentele	Seite 60
Fach-Tag: 10 Jahre Allgemeines Gleich-Behandlungs-Gesetz Gerwin Matysiak: Ergebnisse von dem Fach-Tag.....	Seite 64
Impressum in Leichter Sprache	Seite 68

Begrüßung von Frau Verena Bentele Beauftragte der Bundes-Regierung für die Interessen von Menschen mit Behinderung

Liebe Leser,

ich freue mich über diesen Fach-Tag im Kleisthaus.

Auf Ihren Stühlen liegen Mappen.
In jeder Mappe ist eine Wasser-Waage.
Wasser-Waagen sind Werk-Zeuge.
Mit der Wasser-Waage
kann man ein Gleich-Gewicht zeigen.



Und man kann damit zum Beispiel auch Bilder gerade aufhängen.
Eine Wasser-Waage kann auch ein Symbol sein.
Ein anderes Wort für Symbol ist Zeichen.
Die Wasser-Waage ist an diesem Fach-Tag ein Zeichen.
Für mich bedeutet es:
Gleiche Chancen für alle Menschen.
Oder anders:
Es geht um Inklusion.

Inklusion heißt:

Alle Menschen haben die gleichen Rechte.

Inklusion ist ein wichtiges Thema.

Und ich höre keinen Menschen sagen:

Inklusion ist nicht wichtig.

Inklusion wird immer dann schwierig,
wenn Menschen verschiedene Interessen haben.
Das heißt zum Beispiel:
Ein Bahnhof wird neu gebaut.
Für Menschen im Rollstuhl ist dabei wichtig:
Der Bahnhof soll keine Bord-Steine haben.
Aber Bord-Steine sind eine Hilfe für blinde Menschen.
Blinde Menschen wissen damit besser,
wo sie sind.
Wenn der Blinden-Stock gegen den Bord-Stein stößt.
Dann wissen blinde Menschen:
Hier kommt eine Stufe.

Inklusion wird auch immer schwierig,
wenn es ums Geld geht.
Zum Beispiel:
Der neue Bahnhof braucht einen Aufzug für Rollstuhl-Fahrer.
Wer bezahlt den Aufzug?

Warum ist für uns alle Menschen Inklusion wichtig?
Bei Inklusion geht es nicht nur
um Menschen mit Behinderung.
Es geht auch um ein besseres Miteinander von
Menschen mit und ohne Behinderung.
Menschen mit und ohne Behinderung haben die gleichen Rechte
Zum Beispiel können sie zusammen ins Kino gehen.



Dafür gibt es ein Gesetz.
Das Gesetz heißt in schwerer Sprache:



Allgemeines Gleich-Behandlungs-Gesetz.

Die Abkürzung dafür ist AGG.

In dem Gesetz steht:

Alle Menschen müssen gleich behandelt werden.

Das Gesetz wurde 2006 geschrieben.

Und ist jetzt 10 Jahre alt.

Das Gesetz hat viele Paragraphen.

Ein Paragraph ist ein Teil von einem Gesetz.

In Paragraph 1 steht:

Es ist egal:

- woher ein Mensch kommt
- welche Haut-Farbe ein Mensch hat
- ob man eine Frau oder ein Mann ist
- welche Religion ein Mensch hat
- ob ein Mensch eine Behinderung hat oder nicht
- wie alt ein Mensch ist
- ob ein Mensch Frauen oder Männer liebt



Nun frage ich heute:

Ist das heute schon für alle Menschen so?

Wenn wir ins Kino gehen wollen,
sehen wir:

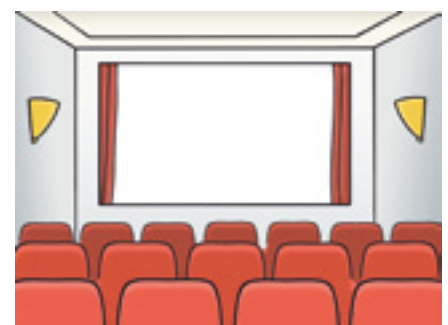
Unser Ziel ist noch nicht erreicht.

Rollstuhl-Fahrer kommen nicht in alle Kinos.

Und viele Filme haben keine Beschreibung für blinde Menschen.

Das liegt daran:

Besitzer von Kinos müssen sich nicht an das Gesetz halten.



Das Kino bekommt nämlich kein Geld vom Staat.

Der Kino-Besitzer muss alles alleine bezahlen.

Das kostet sehr viel Geld.

Das heißt in schwerer Sprache:

Barriere-Freiheit ist noch nicht erreicht.

Trotzdem bin ich der Meinung:

Wir alle brauchen Barriere-Freiheit.

Barriere-Freiheit heißt:

Es gibt keine Hindernisse.

Jeder Mensch kann alle Dinge nutzen.

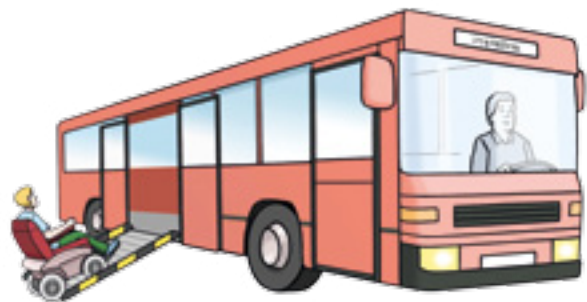
Damit sind zum Beispiel Busse und Züge gemeint.

Aber auch Häuser oder Internet-Seiten.

Das alles muss jeder benutzen können.

Das ist Barriere-Freiheit.

Und das ist unser Ziel.



Menschen, die schon einmal:

- einer alten Frau den Koffer getragen haben
- oder einen Kinder-Wagen die Treppen hochgetragen haben
- oder einem Rollstuhl-Fahrer in den Bus geholfen haben

Diese Menschen wissen,

über was ich rede.

Ich hoffe, wir werden alle sehr alt.

Dann freuen wir uns über das,

was wir jetzt gemacht haben.

Manchmal ist es noch schwer,

Barriere-Freiheit zu erreichen.

Herr Matysiak wird uns später mehr dazu sagen.

Das **AGG** ist noch nicht gut genug.

Man kann Menschen mit Behinderung
immer noch diskriminieren.

Diskriminieren bedeutet:

Ein Mensch wird schlechter behandelt als ein anderer Mensch.

Das heißt:

Nicht alle werden gleichbehandelt.

Menschen werden meistens

wegen einer bestimmten Eigenschaft schlechter behandelt.

Solche Eigenschaften können zum Beispiel sein:

- eine andere Haut-Farbe
- eine Behinderung
- eine andere Religion

Man darf Menschen wegen dieser Dinge
nicht anders behandeln.

Das ist verboten.

Man darf Menschen nur anders behandeln,

wenn man sie dadurch beschützt oder nicht in Gefahr bringt.

Das bedeutet zum Beispiel:

Wenn ein Mensch nicht alleine schwimmen kann,
dann darf er nicht alleine ins Schwimmbad.

Das **AGG** sagt dann:

Das ist erlaubt.

Und das ist keine Diskriminierung.



Anders ist es für mich in diesem Beispiel:
Versicherungen können Menschen
wegen ihrer Behinderung ablehnen.
Das ist eine Diskriminierung.
Aber das **AGG** sagt:
Das ist erlaubt.
Ich finde das aber nicht in Ordnung.
Deshalb müssen wir das **AGG** noch besser machen.



Deswegen muss das **AGG** geändert werden.
Zum Beispiel müssen Texte
in Leichte Sprache übersetzt werden.
Und Rampen an Eingängen gebaut werden.
Das muss ins **AGG** geschrieben werden.
Es muss klar sein:
Man muss behinderten Menschen helfen.
Oder man macht eine Diskriminierung.
So steht es in der UN-Behinderten-Rechts-Konvention.
Die UN-Behinderten-Rechts-Konvention ist ein Vertrag.
Den Vertrag haben viele Länder unterschrieben.
Auch Deutschland.
In dem Vertrag steht:
Menschen mit Behinderung haben die gleichen Rechte wie Menschen
ohne Behinderung.



Aber das **AGG** hält sich nicht an die UN-Behinderten-Rechts-Konvention.
Das hat auch eine Überprüfung vom **AGG** ergeben.
Die Überprüfung hat die Anti-Diskriminierungs-Stelle gemacht.

Die Anti-Diskriminierungs-Stelle ist ein Büro.
Hier werden alle Fälle von Diskriminierung gesammelt.
Vorher wird jeder Fall überprüft.

Zum Schluss möchte ich noch sagen:
Das Gesetz muss an einigen Stellen geändert werden.
Das muss der Gesetz-Geber tun.
Der Gesetz-Geber ist die Regierung von Deutschland.
Die Regierung von Deutschland heißt auch Bundes-Regierung.

Eine Regierung besteht aus Politikern.
Die Politiker machen die Gesetze.
Das heißt sie machen die Politik.
Die Gesetze von der Bundes-Regierung gelten dann für ganz Deutschland.
Der Chef von der Bundes-Regierung ist der Bundes-Kanzler.
Bei uns ist es im Moment eine Frau.
Angela Merkel ist unsere Bundes-Kanzlerin.

Ich wünsche mir heute gute Ergebnisse.
Und einen schönen Fach-Tag.
Lassen Sie uns gemeinsam das **AGG** besser machen.

Ihre Verena Bentele

Gruß-Wort von Gerwin Matysiak Bundes-Vorsitzender vom Bundes-Verband Selbsthilfe Körperbehinderter e.V.

Liebe Leser,

im Jahr 2006 wurde ein Gesetz gemacht.

In dem Gesetz steht:

Niemand darf diskriminiert werden.

Diskriminieren bedeutet benachteiligen.

Benachteiligen heißt:

Jemand wird schlechter behandelt,

als ein anderer.

Sie werden nicht alle gleich behandelt.



Das Gesetz heißt:

Allgemeines **G**leich-Behandlungs-**G**esetz.

Die Abkürzung dafür ist **AGG**.

Darum gibt es das Gesetz:

Auch die Regeln von der Europäischen Union
müssen eingehalten werden.

Die Abkürzung für Europäische Union ist EU.

In der EU arbeiten verschiedene Länder zusammen.

Auch Deutschland gehört dazu.

Die EU kann auch Gesetze machen.

Die Gesetze gelten dann in allen Ländern von der EU.

Das Ziel der EU ist:

In ganz Europa soll Frieden sein.

Die EU sagt: Kein Mensch darf benachteiligt werden.

Alle müssen gleich behandelt werden.



Im **AGG** sind auch die Regeln von der EU.

Bisher gibt es 4 Regeln.

Diese Regeln heißen in schwerer Sprache:

Anti-Diskriminierungs-Richtlinien.

Und die Regeln gelten für jedes Land in der EU.

Die EU hat noch eine 5. Regel geschrieben.

Die 5. Regel hat das Ziel:

Menschen mit Behinderung dürfen
nicht diskriminiert werden.

Aber:

Die Regierung von Deutschland ist gegen die 5. Regel.

Eine Regierung besteht aus Politikern.

Die Politiker machen die Gesetze.

Das heißt, sie machen die Politik.

Die Gesetze von der Bundes-Regierung
gelten dann für ganz Deutschland.



Die Regierung von Deutschland ist also gegen die 5. Regel.

Deshalb gilt die Regel nicht in Deutschland.

Und auch nicht in der EU.

Das finde ich peinlich.

Denn bei uns in Deutschland steht im Grund-Gesetz:

Alle Menschen müssen gleich behandelt werden.

Das Grund-Gesetz ist das wichtigste Gesetz in Deutschland.

Das **AGG** ist jetzt 10 Jahre alt.

Aber das ist kein Grund zum Feiern.
Denn es gibt immer noch Diskriminierung.
Aber:
Die Menschen denken mehr über Diskriminierung nach.
Das ist ein Erfolg.



Ich bin Vorsitzender von einem Verband.
Verband ist ein anderes Wort für Verein.
Ein Vorsitzender ist der Chef beim Verein.
Mein Verband heißt:
Bundes-Verband Selbst-Hilfe Körper-Behinderter e.V.
Die Abkürzung dafür ist BSK.



Die Aufgabe als BSK ist:
Unsere Mitarbeiter sollen
auf Benachteiligungen aufmerksam machen.
Und dabei helfen,
dass die Benachteiligungen aufhören.

Der BSK ist der
1. anerkannte Anti-Diskriminierungs-
und Verbraucher-Schutz-Verbund.
Anerkannt heißt hier:
Die Regierung findet unsere Arbeit gut.
Deshalb können wir den Leuten helfen,
wenn sie diskriminiert werden.



Hier 2 Beispiele von Diskriminierung:

Beispiel 1:

Die Diskriminierung von E-Scooter-Fahrern.

Ein E-Scooter ist eine Art elektrischer Rollstuhl.

In vielen Bussen dürfen

E-Scooter-Fahrer nicht mitfahren.

Die Chefs der Bus-Fahrer haben das verboten.

Weil nicht sicher ist:

Wer haftet bei einem Unfall?

Wenn zum Beispiel ein E-Scooter-Fahrer im Bus umfällt.

Haften heißt:

Wer muss den Schaden bezahlen?



Wir haben beim Land-Gericht in Kiel geklagt.

Weil die Busse in Kiel keine E-Scooter mitnehmen wollen.

Klagen bedeutet:

Ein Gericht muss darüber entscheiden.

Das Land-Gericht Kiel hat leider gesagt:

Es ist in Ordnung,

dass die Busse in Kiel keine E-Scooter mitnehmen.

Das ist nicht gegen das Gesetz.

Aber das Land-Gericht Kiel hat auch gesagt:

Die Politiker entscheiden über die Gesetze.

Sie sollen eine Regel dafür machen.

Dass auch Menschen mit Behinderung

mit der Bahn oder dem Bus fahren können.

Und ihre E-Scooter mitnehmen dürfen.



Beispiel 2:

Im Saarland gibt es eine Wohnungs-Bau-Gesellschaft.

Eine Wohnungs-Bau-Gesellschaft ist eine Firma.

So eine Firma baut zum Beispiel Wohnungen.

Diese Firma hat für barrierefreie Wohnungen Werbung gemacht.

Sie hat gesagt:

Wir bauen barrierefreie Wohnungen.

Aber die Wohnungen waren nicht barrierefrei.

Deswegen musste die

Wohnungs-Bau-Gesellschaft die Werbung ändern.

Die Firma durfte nicht mehr sagen:

Unsere Wohnungen sind barrierefrei.

Der BSK konnte leider keine barrierefreien Wohnungen schaffen.

Aber der BSK hat dadurch Aufmerksamkeit bekommen.



Es gibt oft Barrieren:

- in einem Geschäft
- in einer Arzt-Praxis
- in einer Gast-Stätte

Das ist diskriminierend.

Aber in Deutschland können Menschen mit Behinderung nichts dagegen tun.

Der Grund dafür ist:

Im Gesetz steht:

Wenn etwas nicht zum Staat gehört.

Dann muss es nicht barrierefrei sein.

Das heißt:

Vor Gericht können Menschen mit Behinderung dagegen nicht klagen.



Das findet auch die Anti-Diskriminierungs-Stelle vom Bund schlecht.

Die Anti-Diskriminierungs-Stelle ist ein Büro.

Hier werden alle Fälle von Diskriminierung
in Deutschland gesammelt.

Vorher wird jeder Fall überprüft.

Die Anti-Diskriminierungs-Stelle

hat das **AGG** überprüft.

Das Ergebnis hat das Büro im August bekannt gegeben.

Darin steht:

Das **AGG** muss dringend verbessert werden.

Die Regierung soll das Gesetz ändern.

Und in das Gesetz schreiben:

Diese Orte müssen zum Beispiel barrierefrei sein:

- ein Geschäft
- eine Arzt-Praxis
- eine Gast-Stätte

Dann kann man auch vor Gericht gehen.

Und dafür klagen.



Deutschland muss sich um Barriere-Freiheit kümmern.

Das steht in der UN-Behinderten-Rechts-Konvention.

Und diese hat Deutschland unterschrieben.

Die Behinderten-Rechts-Konvention

ist ein Vertrag.

In dem Vertrag steht:

Menschen mit und ohne Behinderung haben die gleichen Rechte.



Heute wollen wir über das **AGG** sprechen.

Wir wollen herausfinden:

- Was ist gut am **AGG**?
- Was ist schlecht am **AGG**?

Nur so kann das Gesetz besser werden.

Ich möchte mich bei allen Menschen hier bedanken.

Besonders bedanke ich mich bei:

- Verena Bentele
- Horst Frehe
- Dr. Michael Richter
- und allen Leitern von den Arbeits-Gruppen.



Ihr Gerwin Matysiak

Horst Frehe: Wie ist das Allgemeine Gleich-Stellungs-Gesetz entstanden?

Liebe Leser,

Das **A**llgemeine **G**leich-Stellungs-**G**esetz
ist 10 Jahre alt.

Aber ist das ein Grund zum Feiern?

Ich denke:

Ja, das ist ein Grund zum Feiern.

In Deutschland gibt es
das Behinderten-Gleich-Stellungs-Gesetz.
Die Abkürzung dafür ist BGG.

Und es gibt das
Allgemeine Gleich-Stellungs-Gesetz.

Die Abkürzung dafür ist **AGG**.

Beide Gesetze helfen Menschen mit Behinderung.
Das ist gut für Deutschland.



Ich möchte heute mehrere Fragen beantworten.

Das sind die Fragen

- Wieso gibt es diese Gesetze?
- Welche Menschen haben die Gesetze gemacht?
- Welche Menschen waren mit den Gesetzen nicht einverstanden?
- Muss man noch etwas verbessern?

1. Wieso gibt es diese Gesetze?

Vor fast 50 Jahren haben die Menschen erkannt:
Menschen im Roll-Stuhl haben Probleme.

Zum Beispiel diese Probleme:

- Es gibt keine barrierefreien Wohnungen.
- Es gibt keine Assistenten.
Assistenten helfen Menschen mit Behinderung.
Zum Beispiel beim Anziehen.
- Es gibt wenig Hilfe zuhause.
- Es gibt keine Roll-Stuhl-Plätze im Zug.
- Es gibt wenige barrierefreie Gebäude.

Menschen im Roll-Stuhl können also
nicht überall mitmachen.



Verbesserung

Die Menschen haben gesagt:
Wir müssen etwas machen,
damit es Menschen im Roll-Stuhl besser geht.
Sie haben zwei Dinge gemacht:

- die Individuelle Schwerst-Behinderten-Betreuung
Das heißt:
Jeder Mensch mit Behinderung bekommt die Hilfe,
die er braucht.
Heute nennt man das Assistenz.
- Fahr-Dienste für Menschen mit Behinderung

Das war vor ungefähr 40 Jahren.



Probleme

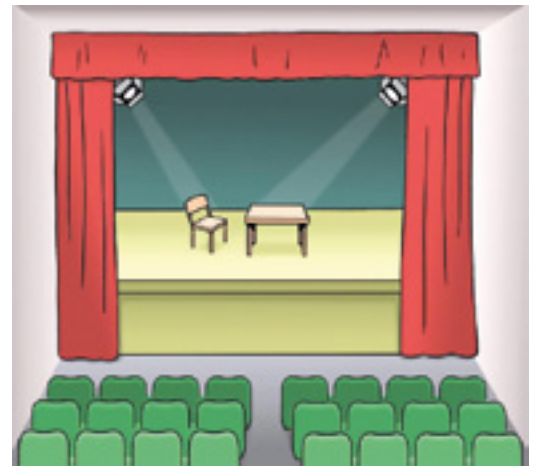
Es gab noch zu wenige Fahr-Dienste.
Immer mehr Menschen mit Behinderung
haben die Fahr-Dienste benutzt.
Das war teuer.
Die Regierung hat das bezahlt.



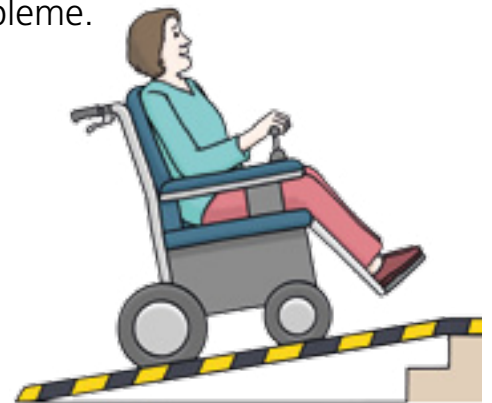
Viele Häuser waren nicht barrierefrei.
Zum Beispiel diese Häuser:

- Kinos
- Theater
- Post-Ämter
- Ämter

Diese Gebäude hatten Stufen.



Menschen mit Behinderungen hatten viele Probleme.
Einige Menschen wollten darüber sprechen.
Zum Beispiel diese Männer:
Ernst Klee und Gusti Steiner.
Sie haben Kurse in Frankfurt gemacht.
Diese Kurse waren in Volks-Hoch-Schulen.
Das Thema war:



Welche Probleme haben Menschen mit Behinderung?
In den Kursen waren Menschen mit Behinderung.
In den Kursen waren auch Menschen ohne Behinderung.
Sie wollten alle Barrieren entfernen.
Sie haben zum Beispiel Beton angemischt.
Sie wollten selbst eine Rampe für die Post bauen.

Ungefähr zur gleichen Zeit ist etwas anderes passiert:

Eine Frau hat Urlaub in einem Hotel gemacht.

Die Frau wollte Schadens-Ersatz haben.

Das bedeutet:

Die Frau wollte weniger oder gar kein Geld
für das Hotel bezahlen.

Die Frau hat gestört,
dass Menschen mit Behinderung
in ihrem Hotel waren.

Deshalb hat sie vor Gericht geklagt.

Das Land-Gericht Frankfurt hat ihr Recht gegeben.

Das Urteil hieß in schwerer Sprache:

Minderung des Urlaubs-Genusses.

Das war vor 36 Jahren.

Danach haben viele Menschen protestiert.

Protestieren bedeutet:

Man sagt laut,
dass man etwas nicht gut findet.

Die Menschen hatten unterschiedliche Behinderungen.

Sie haben in ganz Deutschland protestiert.



2. Mehr Rechte für die Bürger

Im Jahr 1981 war das Jahr der Menschen mit Behinderung.

Das war vor 35 Jahren.

Den Antrag dafür hat Libyen gestellt.

Libyen ist ein Land in Nord-Afrika.

Das Jahr der Menschen mit Behinderung
war eine gute Gelegenheit für uns.

Wir wollten gegen die Diskriminierung protestieren.

In Dortmund haben die Menschen eine Feier gemacht.
Sie haben das Jahr
der Menschen mit Behinderung gefeiert.
Der Bundes-Präsident sollte auf der Bühne sprechen.



Wir haben die Bühne blockiert.
Wir haben damit gesagt:
Wir wollen unser Leben selbst bestimmen.
Wir wollen nicht mehr diskriminiert werden.

Unser Vorbild waren die USA.
USA sind mehrere Länder in Amerika.
In den USA gibt es schon seit ungefähr 45 Jahren
gute Gesetze für Menschen mit Behinderung.

Früher wurden die Schwarzen in den USA
schlecht behandelt.
Schwarze sind Menschen mit dunkler Haut-Farbe.
Die Schwarzen haben sich in den USA zuerst
gegen Diskriminierung gewehrt.
Danach haben sich Menschen mit Behinderung
gegen Diskriminierung gewehrt.



Seitdem gibt es die Gesetze
für Menschen mit Behinderung.
In den Gesetzen steht:
Keine Einrichtung darf Menschen mit Behinderung diskriminieren.
Einrichtungen sind zum Beispiel:



- Kranken-Häuser
- Schulen

Wenn eine Einrichtung jemanden diskriminiert,
dann bekommt sie eine Strafe.

Klagen

Danach wurden viele Firmen verklagt,
weil sie nicht barrierefrei waren.

Zum Beispiel diese Firmen:

- Bus-Firmen
- Restaurants



Wir haben vor 30 Jahren die USA besucht.

Wir waren eine kleine Gruppe mit vielen Rollstuhl-Fahrern.

Wir haben viele Städte besucht.

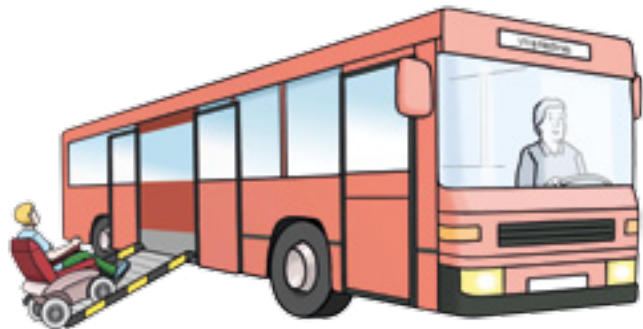
In New York konnten wir mit vielen Bussen fahren.

In Boston konnten wir mit der U-Bahn fahren.

In Berkley war fast alles barrierefrei.

Zum Beispiel waren da:

- flache Geh-Wege
- Busse mit Lift
- Kneipen ohne Stufen



Wir waren in vielen Städten.

In jeder Stadt gab es ein Zentrum

für selbstbestimmtes Leben.

Selbstbestimmt heißt:

Menschen mit Behinderung entscheiden selbst.

Die Mitarbeiter von dem Zentrum haben gesagt:
Menschen mit Behinderung haben auch Bürger-Rechte.
Die Mitarbeiter konnten das sagen,
weil es gute Gesetze gab.

Ein neues Gesetz

Vor ungefähr 25 Jahren haben die USA
ein neues Gesetz gemacht.

Das Gesetz heißt:

Americans with Disabilities Act.

Das spricht man so:

Amärikens wis Diss-abillitis Äkt.

Die Abkürzung dafür ist ADA.

Auf Deutsch heißt das:

Gesetz für Amerikaner mit Behinderung.

Das Gesetz sagt:

Arbeit-Geber müssen angemessene Vorkehrungen treffen.

Das bedeutet

Der Arbeits-Platz muss behindertengerecht sein.

3. Vom Grund-Gesetz zum Anti-Diskriminierungs-Gesetz

Vor 30 Jahren haben Menschen mit Behinderung gesagt:

Wir wollen ein Anti-Diskriminierungs-Gesetz
in Deutschland.

Der Name der Gruppe war:

Initiativ-Kreis Gleich-Stellung Behinderter.

Die Gruppe hat einen Text geschrieben.

Das war vor ungefähr 25 Jahren.

Der Text heißt:

Düsseldorfer Appell.

Darin steht:

Wir brauchen ein Gesetz

zur Gleich-Stellung von Menschen mit Behinderung.



Sie wollten auch eine Änderung vom Grund-Gesetz.

Im Grund-Gesetz stehen

die wichtigsten Gesetze von Deutschland.

Vor 23 Jahren ist ein wichtiger Satz
im Grund-Gesetz geändert worden.

Der Satz heißt jetzt:

Niemand darf wegen seiner Behinderung
benachteiligt werden.

Den Vorschlag hat Hans-Jochen Vogel gemacht.

Er war ein wichtiger Politiker von der SPD.

Die SPD ist eine deutsche Partei.



Vor ungefähr 25 Jahren

gab es noch eine andere Gruppe.

Die Gruppe hatte den Namen:

Forum behinderter Juristinnen und Juristen.

Die Abkürzung dafür ist FbJJ.

In dieser Gruppe waren nur Menschen mit Behinderung.

Diese Menschen haben alle Jura studiert.

Sie heißen also Juristen.

Jura bedeutet Recht.

Zu der Gruppe gehörten zum Beispiel

- Richter



- Anwälte
- andere Juristen.

Die Gruppe wollte ein Anti-Diskriminierungs-Gesetz machen.

Die Abkürzung dafür ist ADG.

Vor 16 Jahren hat die Gruppe ihren ersten Text vorgestellt.

Die Gruppe hat dann den Text nochmal verbessert.

Vor 15 Jahren war der Text fertig.

Mitgemacht haben zum Beispiel:

- viele Menschen mit Behinderung
- Vereine

Der Behinderten-Beauftragte von der Bundes-Regierung
hat den Text gut gefunden.

Aber die Bundes-Regierung wollte kein Gesetz daraus machen.

Aber der Behinderten-Beauftragte hat gesagt:

Wir müssen eine Arbeits-Gruppe machen.

Der Behinderten-Beauftragte war Karl-Hermann Haack.

In der Gruppe waren auch Andreas Jürgens und ich.

Wir waren für das FbJJ in der Arbeits-Gruppe.

Die Arbeits-Gruppe hat
das Behinderten-Gleichstellungs-Gesetz gemacht.

Die Abkürzung dafür ist BGG.

Wir haben nicht alles geschafft,
was wir mit dem Gesetz schaffen wollten.

In dem Gesetz steht:

Nur Behörden müssen barrierefrei sein.

Behörden sind zum Beispiel:

- viele Ämter
- die Polizei
- die meisten Schulen



Wir haben gesagt:

Auch andere Häuser
müssen barrierefrei sein.

Zum Beispiel diese Häuser:

- Restaurants
- Geschäfte
- Büros
- Super-Märkte



Aber leider steht das nicht im Gesetz.

4. Zukunft

In Österreich kann man sehen:

Sehr viele Häuser sind barrierefrei.

Das müssen wir auch in Deutschland schaffen.

Das bedeutet:

Wir müssen das **AGG** ändern.

Denn:

Die USA haben schon bessere Gesetze.

Auch andere Länder in Europa haben schon bessere Gesetze.

Wir brauchen überall Barriere-Freiheit.



Ich wünsche mir:

Der Fach-Tag soll uns dabei helfen,
dass das **AGG** besser wird.

Dr. Michael Richter: 10 Jahre Allgemeines Gleich-Behandlungs-Gesetz

1. Das Allgemeine Gleich-Behandlungs-Gesetz

In Deutschland gibt es ein Gesetz.

Das Gesetz heißt:

Allgemeines **G**leich-Behandlungs-**G**esetz.

Die Abkürzung dafür ist **AGG**.

Das **AGG** sagt:

Man muss alle Menschen gleich behandeln.



Das **AGG** ist vor 10 Jahren gemacht worden.

Damals haben viele Menschen Angst gehabt.

Sie haben gesagt:

Vielleicht ist das **AGG** schlecht für Deutschland.

Vielleicht gibt es Probleme.

Andere Leute haben sich gefreut.

Sie haben gesagt:

Das **AGG** hilft Menschen mit Behinderung.



Das **AGG** ist jetzt 10 Jahre alt.

Wir fragen:

Ist das **AGG** gut für Deutschland?

Oder ist das **AGG** schlecht für Deutschland?

Ist das **AGG** gut für Menschen mit Behinderung?

Oder ist das **AGG** schlecht für Menschen mit Behinderung?

2. Das AGG und die Diskriminierung

Viele Menschen werden diskriminiert.

Zum Beispiel aus diesen Gründen:

- Weil sie alt sind
- Weil sie aus einem anderen Land kommen
- Weil sie eine Behinderung haben

Die Menschen haben oft Probleme bei der Arbeit.

Sie werden bei der Arbeit diskriminiert.



Wenn man diskriminiert wird,
dann kann man klagen.

Das bedeutet:

Ein Gericht muss entscheiden.

Viele Menschen haben geklagt.

Sie haben gesagt:

Ich werde diskriminiert,

weil ich eine Behinderung habe.

Ich werde bei der Arbeit diskriminiert.

Aber im **AGG** steht:

Das ist verboten.



Diskriminierung bei der Bewerbung

Viele Menschen mit Behinderung werden diskriminiert,
wenn sie sich bewerben.

Das bedeutet:

Wenn sie einen Arbeits-Platz suchen.

Es gibt Arbeits-Plätze bei öffentlichen Arbeit-Gebern.

Öffentlicher Arbeit-Geber bedeutet:

Die Stadt bezahlt den Arbeits-Platz.

Oder die Regierung bezahlt den Arbeits-Platz.

Eine Regierung besteht aus Politikern.

Die Politiker machen die Gesetze.

Das heißt sie machen die Politik.

Die Regierung bezahlt zum Beispiel diese Arbeits-Plätze:

- bei der Polizei
- in einigen Kranken-Häusern
- in den meisten Schulen



Menschen mit Behinderung können sich

bei einem öffentlichen Arbeit-Geber bewerben.

Sie haben dann besondere Rechte.

Zum Beispiel dieses Recht:

Sie dürfen immer zum Vorstellungsgespräch kommen.

Aber:

Manchmal sagt der öffentliche Arbeit-Geber trotzdem:

Sie dürfen nicht zum Vorstellungsgespräch kommen.

Aber im **AGG** steht:

Das ist verboten.

Menschen mit Behinderung können dagegen klagen.

Ein Gericht muss dann darüber entscheiden.

Und der Arbeit-Geber muss erklären,

warum er das gesagt hat.

Vielleicht bekommt er eine Strafe.

Das **AGG** hilft also den Menschen mit Behinderung.



Diskriminierung in der Freizeit

Menschen mit Behinderung dürfen alles machen,
was andere Menschen auch machen.

Zum Beispiel:

- mit dem Bus fahren
- ins Schwimm-Bad gehen
- Sport machen



Aber:

Manchmal sagen die anderen Menschen:

Menschen mit Behinderung dürfen nicht ins Schwimm-Bad gehen.

Schwimmen ist gefährlich für sie.

Oder die anderen Menschen sagen:

Menschen mit Behinderung dürfen nicht allein
mit dem Bus fahren.

Bus fahren ist gefährlich für sie.



Die anderen Menschen meinen das nicht böse.

Sie haben Angst,

dass sich die Menschen mit Behinderung verletzen.

Aber für die Menschen mit Behinderung
ist das schlecht.

Sie wollen ins Schwimm-Bad gehen.

Sie wollen mit dem Bus fahren.

Im **AGG** steht:

Wenn etwas gefährlich für Menschen mit Behinderung ist.

Dann dürfen die anderen Menschen sagen:

Menschen mit Behinderung dürfen nicht mitmachen.



Das **AGG** ist also manchmal schlecht für Menschen mit Behinderung.

3. Das AGG und die Klagen

Wenn man diskriminiert wird,
dann kann man klagen.

Wenn man klagt,
dann heißt man:
Kläger.

Das Gericht muss entscheiden:
Hat der Kläger recht?
Oder hat der Kläger nicht recht?
Was steht im **AGG**?

Wenn der Kläger recht hat,
dann bekommt er zum Beispiel Geld.



Wenn Menschen mit Behinderung klagen,
dann sagt das Gericht oft:

Der Kläger hat nicht recht.

Oder das Gericht sagt:

Der Kläger hat recht.

Aber er bekommt nur ein bisschen Geld.

Das ist schlecht für Menschen mit Behinderung.



Ergebnis

Man kann über das **AGG** mehrere Dinge sagen.

Nämlich diese Dinge:

Viele Menschen denken jetzt
öfter über Diskriminierung nach.

Das ist gut am **AGG**.

Aber:

Viele Menschen mit Behinderung werden immer noch diskriminiert.

Und sie haben Probleme mit dem Gericht.

Das ist schlecht am **AGG**.

Deshalb muss man das **AGG** ändern.

Damit Menschen mit Behinderung nicht mehr diskriminiert werden.



Ergebnisse der Arbeits-Gruppen

In Deutschland gibt es ein Gesetz.

Das Gesetz heißt:

Allgemeines **G**leich-Behandlungs-**G**esetz.

Die Abkürzung dafür ist **AGG**.

Das Gesetz sagt:

Man muss alle Menschen gleich behandeln.

Viele Menschen haben sich getroffen.

Sie haben über das Gesetz gesprochen.

Und sie haben gefragt:

Ist das Gesetz gut?

Oder müssen wir etwas ändern?

Die Menschen haben über 4 Themen gesprochen.

Sie haben 4 Arbeits-Gruppen gemacht.

Jede Arbeitsgruppe hat über 1 Thema gesprochen.

Jede Arbeits-Gruppe wurde von 2 Personen geleitet.

Die Personen heißen:

Leiter der Arbeits-Gruppen.

Sie haben auch aufgeschrieben,

was die Teilnehmer gesagt haben.

Wir bedanken uns bei den Leitern der Arbeits-Gruppen!

Arbeits-Gruppe A: Arbeit und Behinderung

Leiter der Arbeits-Gruppe:

- Horst Frehe
- Franziska Müller

1. Erfahrung mit dem AGG

Das Gesetz **AGG** ist 10 Jahre alt.

Die Teilnehmer von der Arbeits-Gruppe haben überlegt:

Ist das Gesetz gut?

Müssen wir etwas ändern?

Das Thema der Arbeits-Gruppe war:

Arbeit.



Die Arbeits-Gruppe hat gesagt:

Es gibt noch ein anderes Gesetz.

Das Gesetz ist ein Teil vom Sozial-Gesetz-Buch.

Das Sozial-Gesetz-Buch besteht aus 12 Teilen.

Die Abkürzung heißt:

SGB.

Die Arbeits-Gruppe hat gesagt:

Die beiden Gesetze gehören zusammen.

Beide sind wichtig.



Im SGB 9 steht:

Menschen mit Behinderung können sich
für eine Arbeits-Stelle bewerben.

Sie haben dann besondere Rechte.

Zum Beispiel dieses Recht:

Sie müssen dem Arbeit-Geber nicht sagen:

Ich bin behindert.

Wichtig dafür ist aber:

Der Arbeit-Geber muss das Gesetz kennen.

Die Teilnehmer haben unterschiedliche Erfahrungen mit dem **AGG** gemacht.

Der Grund dafür ist:

- Einige Teilnehmer haben eine Arbeit.
- Einige Teilnehmer haben keine Arbeit.
- Einige Teilnehmer kennen die Gesetze gut.
- Einige Teilnehmer kennen die Gesetze nicht so gut.

Bewerbung

Viele Teilnehmer haben gesagt:

Wenn sich Menschen mit Behinderung bewerben,
dann gibt es Probleme.

Zum Beispiel:

- Der Arbeit-Geber kennt ihre Rechte nicht.
- Sie dürfen nicht zum Vorstellungsgespräch kommen.

Das **AGG** hilft den Menschen mit Behinderung bei der Bewerbung.

Zum Beispiel mit diesen Dingen:

- Man kann einen anderen Menschen um Hilfe bitten.

In schwerer Sprache heißt das:

Haupt-Vertrauens-Person.

- Man kann sich anonym bewerben.

Anonym bedeutet:

Ohne Foto.

Ohne Namen.

Der Arbeits-Platz

Manche Teilnehmer haben gesagt:

Menschen mit Behinderung haben

Probleme am Arbeits-Platz.

Zum Beispiel Menschen mit Hör-Behinderung.

Man kann das ändern.

Menschen mit Behinderung müssen

mit ihren Kollegen sprechen.

Sie müssen erklären:

Das ist schwierig für mich.

Ich brauche eure Hilfe.



Wie kann man das AGG besser machen?

Die Teilnehmer haben gefragt:

Wie kann man das **AGG** besser machen?

Sie haben diese Antworten gefunden.

Das **AGG** soll sagen:

Ein Mensch mit Behinderung hat Probleme bei der Bewerbung.

Er kann mit der Haupt-Vertrauens-Person sprechen.

Die Haupt-Vertrauens-Person kann klagen.

Das bedeutet:

Ein Gericht muss sich darum kümmern.

Das **AGG** soll sagen:

Menschen mit Behinderung sollen auch befördert werden.

Beförderung bedeutet hier:

Wenn sie gut arbeiten,

dann bekommen sie mehr Geld.

Und das **AGG** soll sagen:

Menschen mit Behinderung bekommen

noch mehr Kündigungs-Schutz.

Das bedeutet:

Der Arbeit-Geber kann nicht einfach kündigen.

2. Hilfe von den Politikern

Die Teilnehmer von der Arbeits-Gruppe haben überlegt:

Wie können die Politiker helfen,

damit mehr Menschen mit Behinderung

eine Arbeit finden?

Die Teilnehmer haben gesagt:

Die Politiker sollen neue Gesetze machen.

Zum Beispiel diese Gesetze:

- Der Arbeits-Platz soll barrierefrei sein.

Das bedeutet:

Auch Menschen mit Behinderung können dort alles machen.

- Menschen mit Behinderung haben noch mehr Rechte bei der Bewerbung.

- Menschen mit Behinderung brauchen manchmal Hilfe am Arbeitsplatz.

Sie sollen dann schnell Hilfe bekommen.



- Menschen mit Behinderung sollen auch befördert werden.
- Auch der Ausbildungs-Platz soll barrierefrei sein.

Ausbildung bedeutet:

Junge Menschen lernen einen Beruf.

- Schüler sollen ein Praktikum machen können.

Praktikum bedeutet:

Sie können einen Beruf ausprobieren.

- Menschen mit Behinderung bekommen Hilfe,
wenn sie eine Klage beim Gericht machen wollen.



3. Selbst-Hilfe

Die Teilnehmer haben gesagt:

Menschen mit Behinderung können sich auch selbst helfen.

Sie bilden eine Gruppe.

Das schwere Wort dafür ist: Selbst-Hilfe-Verband.

Ein Selbst-Hilfe-Verband kann klagen.

Er kann auch beraten.

Arbeits-Gruppe B: Zugang zum Recht

Moderatoren:

- Andrea Fabris
- Dr. Michael Richter

1. Erfahrung mit dem Gesetz

Das Gesetz mit dem Namen **AGG** ist 10 Jahre alt.

Die Teilnehmer von der Arbeits-Gruppe haben überlegt:

Ist das Gesetz gut?

Müssen wir etwas ändern?

Das Thema der Arbeits-Gruppe war:

Zugang zum Recht.

Das bedeutet:

Steht das Gesetz nur auf dem Papier?

Oder hilft es Menschen mit Behinderungen wirklich?



Die Arbeits-Gruppe hat gesammelt:

Welche Probleme gibt es?

Die Arbeits-Gruppe hat viele Probleme gefunden.

Probleme

Manche Menschen werden ungerecht behandelt.

Sie dürfen nicht überall mitmachen.

Das schwere Wort dafür ist:

Diskriminierung.



Die Menschen werden zum Beispiel
bei diesen Dingen diskriminiert:

- wenn sie zum Arzt müssen.
- wenn sie bei der Politik mitmachen wollen.
- wenn sie einen Gebärden-Dolmetscher brauchen.

Gebärden-Dolmetscher ist ein Beruf.

Hörende Menschen übersetzen dabei für Gehörlose in Gebärden.

Gebärden sind Zeichen.

Die Zeichen werden zum Beispiel mit den Armen
und mit den Händen gemacht.

Wenn man diskriminiert wird,
dann kann man sich beschweren:

Bei der Antidiskriminierungs-Stelle.

Die Teilnehmer von der Arbeits-Gruppe haben gesagt:

Es gibt Probleme mit der Antidiskriminierungs-Stelle.

Wenn man diskriminiert wird,
dann kann man auch klagen.

Das bedeutet:

Man geht vor Gericht.

Das Gericht entscheidet dann:

Das ist Diskriminierung.

Oder:

Das ist keine Diskriminierung.



Klagen kostet viel Geld.

Menschen mit Behinderung müssen das oft selbst bezahlen.

Das ist ein Problem.

Wenn man klagt,

dann bekommt man Hilfe von einer Person.

Die Person heißt: Rechts-Anwalt.

Viele Rechts-Anwälte kennen das **AGG** nicht genau.

Das ist ein Problem.



Menschen mit Behinderung müssen alleine klagen.

Der Selbst-Hilfe-Verband kann nicht klagen.

Das ist ein Problem.

Wenn man klagt,

dann dauert das manchmal sehr lange.

Das ist ein Problem.

2. Vorschläge

Die Teilnehmer haben gefragt:

Wie kann man die Probleme lösen?

Sie haben Vorschläge gemacht.

Das sind die Vorschläge:

Rechts-Anwälte sollen das **AGG** kennen.

Menschen mit Behinderung sollen das **AGG** kennen.

Alle Menschen sollen das **AGG** kennen.

Der Text von dem **AGG** muss besser werden.

Damit alle ihn verstehen.

Menschen mit Behinderung brauchen mehr Hilfe,
wenn sie klagen wollen.

Das **AGG** soll sagen:

Selbst-Hilfe-Verbände dürfen klagen.

Barriere-Freiheit ist wichtig.

Zum Beispiel beim Arzt.

Oder im Kino.

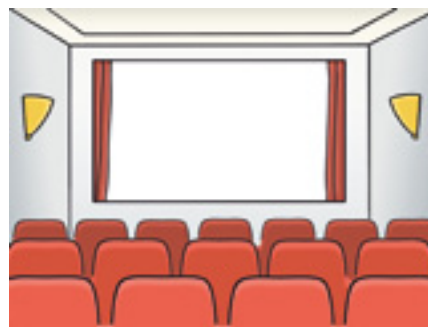
Oder im Restaurant.

Das **AGG** soll sagen:

Die Arzt-Praxis muss barrierefrei sein.

Und das Kino.

Und das Restaurant.



Arbeits-Gruppe C: Barrierefreie Mobilität

Moderatoren:

- Friederike Kilian
- Stephan Wagner

1. Erfahrung mit dem AGG

Das Gesetz **AGG** ist 10 Jahre alt.

Die Teilnehmer von der Arbeits-Gruppe haben überlegt:

Ist das Gesetz gut?

Müssen wir etwas ändern?

Das Thema von der Arbeits-Gruppe war:

Barrierefreie Mobilität.

Mobilität bedeutet:

Man bewegt sich.

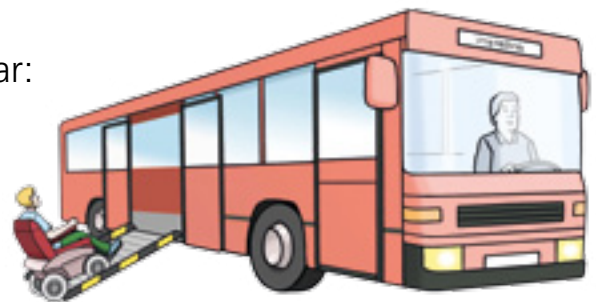
Und barrierefreie Mobilität bedeutet:

Alle können überall hin.

Zum Beispiel mit dem Bus oder dem Zug.

Es gibt keine Hindernisse.

Niemand ist ausgeschlossen.



Die Arbeits-Gruppe sagt:

Es gibt Probleme.

Zum Beispiel diese Probleme:

Viele Menschen fragen:

Was bedeutet Barriere-Freiheit?

Was bedeutet Mobilität?

Nicht alle denken das gleiche.

Das ist ein Problem.

Manche Menschen sagen:

Barriere-Freiheit kostet zu viel Geld.

Das ist ein Problem.

Es gibt das Gesetz **AGG**.

Und es gibt andere Gesetze.

Das **AGG** darf nicht alles regeln.

Das ist ein Problem.



Wichtig ist:

Man muss an Barriere-Freiheit denken,
bevor man ein Haus baut.

Oder einen Bus kauft.

Nicht nachher!



Barriere-Freiheit ist wichtig:

- Wenn man in den Bus einsteigt.
- Aber auch, wenn man mit dem Bus fährt.



Barriere-Freiheit ist auch wichtig:

- Wenn man telefoniert.

Manche Menschen brauchen zum Beispiel
größere Tasten am Telefon.

- Im Internet.

Manche Menschen brauchen zum Beispiel eine größere Schrift am Computer.

Barriere-Freiheit geht nicht immer.

Manchmal muss man einen Mittel-Weg finden.

Und gemeinsam nach einer Lösung suchen.

2. Vorschläge

Die Teilnehmer haben gefragt:

Wie kann man die Probleme lösen?

Sie haben Vorschläge gemacht.

Das sind die Vorschläge:

Das **AGG** soll sagen:

Selbst-Hilfe-Verbände dürfen klagen.

Das **AGG** soll auch sagen:

Wenn viele Menschen ein Haus benutzen,
dann soll es barrierefrei sein.

Zum Beispiel:

- Schwimm-Bäder
- Super-Märkte.



Und das **AGG** soll sagen:

Wenn ein Haus von vielen Menschen benutzt wird
und wenn es nicht barrierefrei ist,
dann ist das Diskriminierung.

Wenn man diskriminiert wird,
dann kann man klagen.
Das kostet Geld.
Die Teilnehmer der Arbeits-Gruppe sagen:
Der Staat soll das bezahlen.
Mit Staat ist oft die Regierung gemeint.

3. Was kann man noch machen?

Viele Menschen fragen:
Was bedeutet Barriere-Freiheit?
Nicht alle denken das gleiche.
Die Menschen müssen darüber sprechen.

Viele Menschen wissen nicht,
was Diskriminierung ist.
Sie brauchen mehr Informationen darüber.

Alle Menschen sollen die Gesetze gut kennen.

Menschen mit Behinderung sollen sagen:
Ich brauche Hilfe.
Und sie sollen sagen:
So können Sie mir helfen.

Arbeits-Gruppe D: So wird es in Österreich gemacht

Moderatoren:

- Vera Egenberger
- Birgit Lanner

Das Thema von der Arbeits-Gruppe war das **AGG**.

Und wie man das **AGG** verbessern kann.

Birgit Lanner war auch in der Arbeitsgruppe.

Sie weiß ganz viel zum gleichen Gesetz in Österreich.

Österreich hat auch ein **AGG**.

Dort heißt es:

Bundes-Gesetz über die Gleich-Behandlung.

Die Abkürzung ist: GIBG.

Birgit Lanner hat uns gesagt:

- was in Österreich im Gesetz steht
- und was in Österreich besser ist als in Deutschland

Wie kann man das Gesetz AGG verbessern?

Die Teilnehmer von der Arbeits-Gruppe haben überlegt:

Wie kann man das **AGG** für Deutschland verbessern?

Sie haben viele Vorschläge gemacht.

Das sind die Vorschläge:

Menschen mit Behinderung
werden manchmal diskriminiert.

Das **AGG** sagt:

Das ist verboten.



Und:

Menschen mit Behinderung haben eine Familie.

Auch die Familie wird manchmal diskriminiert.

Das **AGG** soll sagen:

Das ist auch verboten.

In Österreich ist es schon heute verboten.

Viele Gebäude sind nicht barrierefrei.

Zum Beispiel:

- Schwimm-Bäder
- Büchereien
- Geschäfte



Das **AGG** soll sagen:

Die Besitzer von den Gebäuden müssen versuchen,
die Gebäude barrierefrei zu machen.

Zum Beispiel mit diesen Dingen:

Man darf Assistenz-Hunde mitbringen.

Assistenz-Hunde sind Hunde,
die den Menschen helfen.

Zum Beispiel:

Sie zeigen blinden Menschen den Weg.

Wichtige Infos werden in einfacher Sprache erklärt.



Viele Arbeits-Plätze sind nicht barrierefrei.

Das Gesetz soll sagen:

Der Chef muss sich darum kümmern.

In schwerer Sprache heißt das:

Er muss angemessene Vorkehrungen treffen.



Das bedeutet:

Er muss sich Mühe geben.

Und möglichst viel dafür machen,
damit der Arbeits-Platz barrierefrei wird.

Viele Geschäfte sind nicht barrierefrei.

Viele Dienst-Leistungen sind nicht barrierefrei.

Dienst-Leistung heißt:

Ein Mensch macht etwas für einen anderen Menschen.

Zum Beispiel:

Ein Friseur.

Oder ein Arzt.



Das **AGG** soll sagen:

Der Chef von dem Geschäft oder der Dienst-Leister
muss etwas machen.

Er muss die Räume barrierefrei machen.

Und das **AGG** soll sagen:

Wenn der Chef

oder der Besitzer von dem Geschäft

oder der Dienst-Leister das nicht machen.

Dann müssen sie erklären:

Warum nicht?

Das **AGG** soll auch sagen:

Wenn die Menschen mit Behinderung
nicht selbst klagen wollen.

Oder können.

Dann dürfen Selbst-Hilfe-Verbände ihnen helfen.
Und dürfen für die Menschen mit Behinderung klagen.
In schwerer Sprache heißt das:
Prozess-Stand-Schaft.
Das Wort bedeutet:
Man muss nicht unbedingt selbst klagen,
wenn man nicht kann.
Oder nicht will.
Auch ein Selbst-Hilfe-Verband kann klagen.

Viele Länder haben zusammen ein Gesetz gemacht.

Das Gesetz heißt:
Behinderten-Rechts-Konvention.

Das Gesetz erklärt:
Was bedeutet Behinderung?
Wer ist behindert?

In schwerer Sprache heißt das:
Definition.

Man spricht das:
De-fi-ni-tsjon.

Die Teilnehmer finden:
Die Definition ist sehr gut.

Deshalb soll das AGG
die Definition auch benutzen.

Und soll mit denselben Wörtern erklären:

Was bedeutet Behinderung?

Wer ist behindert?

In Österreich hat man das schon gemacht.



Das **AGG** sagt:

Niemand darf diskriminiert werden.

Wenn man diskriminiert wird,
dann kann man klagen.

Aber: Man hat nur 2 Monate Zeit dafür.

Die Teilnehmer sagen:

Das ist zu kurz.

Das **AGG** soll sagen:

Man hat 6 Monate Zeit dafür.



Bevor man klagt,
kann man miteinander sprechen.

Und versuchen,
das Problem zu lösen.

In schwerer Sprache heißt das:
Schlichtungs-Verfahren.

Das **AGG** soll sagen:

Das Schlichtungs-Verfahren ist kostenlos.

Und verpflichtend.

Das bedeutet:

Jeder muss es machen.

Bevor er klagt.

Wichtig ist:

Man darf nicht schlecht behandelt werden.

Weil man geklagt hat.

Oder sich beschwert hat.

In schwerer Sprache heißt das:

Viktimisierung.

Man spricht das:

Vik-ti-mi-si-rung.

Das Wort kommt aus einer anderen Sprache.

Das **AGG** soll sagen:

Viktimisierung ist immer verboten.

Das **AGG** benutzt das Wort:

Benachteiligungen.

Die Teilnehmer der Arbeits-Gruppe mögen das Wort nicht.

Sie haben gesagt:

Das **AGG** soll das Wort Diskriminierung benutzen.

Wenn man diskriminiert wird.

Dann kann man klagen.

Das Gericht sagt dann:

Sie bekommen Schadens-Ersatz.

Das bedeutet:

Man bekommt Geld.

Im **AGG** steht:

Es gibt eine Ober-Grenze für Schadens-Ersatz.

Die Teilnehmer der Arbeits-Gruppe finden das schlecht.

In Österreich gibt es keine Ober-Grenze.



Das **AGG** soll auch sagen:

Menschen mit Behinderung haben Kündigungs-Schutz.

Das bedeutet zum Beispiel:

Wenn man eine Kündigung bekommt.

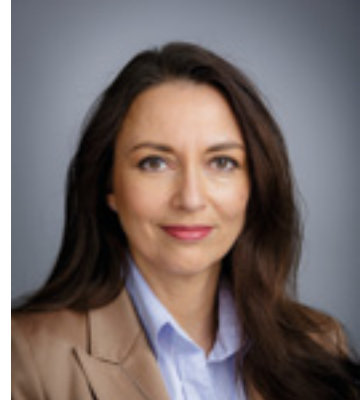
Dann kann man klagen.

In Österreich kann man das schon heute.

Meinung von Yasmin Fahimi zum AGG

Liebe Verena Bentele,
sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Einladung.
Ich freue mich,
dass ich heute hier sprechen darf.



Viele Menschen sind gekommen:

- Menschen mit Behinderung
- Experten

Das bedeutet:

Menschen, die sich gut auskennen.

Die Menschen wollen über ein Gesetz sprechen.

Das Gesetz heißt:

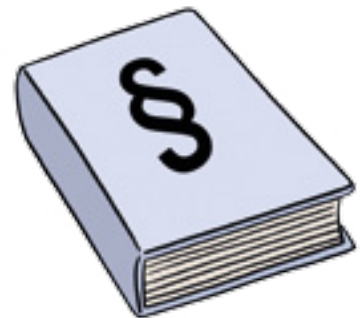
Allgemeines **G**leich-Behandlungs-**G**esetz.

Die Abkürzung dafür ist **AGG**.

Das Gesetz sagt:

Man muss alle Menschen gleich behandeln.

Das Gesetz ist 10 Jahre alt.



Die Menschen wollen darüber sprechen:

Ist das Gesetz gut?

Oder gibt es Probleme?

Diskriminierungs-Schutz

Manche Menschen werden diskriminiert.

Das bedeutet:

Sie werden schlecht behandelt.

Sie können nicht überall mitmachen.

Die Menschen werden

aus verschiedenen Gründen diskriminiert.

Zum Beispiel aus diesen Gründen:

- Sie haben eine Behinderung.
- Sie kommen aus einem anderen Land.
- Sie sind alt.



Das **AGG** sagt aber:

Das ist verboten.

Alle Menschen sind gleich.

Niemand darf diskriminiert werden.

Wenn man diskriminiert wird,
dann kann man klagen.

Das bedeutet:

Ein Gericht muss sich darum kümmern.



Informationen über Menschen mit Behinderung

Viele Menschen kennen das **AGG**.

Sie wissen:

Niemand darf diskriminiert werden.

Das hilft den Menschen mit Behinderung.

Menschen mit Behinderung werden
nicht mehr so oft diskriminiert.

Viele Menschen wissen jetzt auch,
wie Menschen mit Behinderung leben.
Und welche Probleme
Menschen mit Behinderung haben.

Die Menschen haben die Informationen
von Verena Bentele bekommen.
Verena Bentele kümmert sich
um die Menschen mit Behinderung in Deutschland.
In schwerer Sprache heißt das:
Beauftragte der Bundes-Regierung
für die Belange von Menschen mit Behinderung.



Die Menschen haben die Informationen
auch von anderen Menschen bekommen.
Diese Menschen arbeiten in einer Arbeits-Gruppe.
In schwerer Sprache heißt die Arbeits-Gruppe:
Anti-Diskriminierungs-Stelle des Bundes.



Das **AGG** hat also dabei geholfen,
dass viele Menschen Informationen bekommen haben.

Probleme mit dem AGG

Es gibt aber auch Probleme mit dem **AGG**.
Zum Beispiel dieses Problem:
Viele Orte sind nicht barrierefrei.
Das bedeutet:
Menschen mit Behinderung
können die Orte nicht erreichen.



Oder dieses Problem:

Wenn man klagt,

dann kostet das viel Geld.

Menschen mit Behinderung

können das manchmal nicht bezahlen.



Was müssen die Menschen anders machen?

Viele öffentliche Gebäude sind schon barrierefrei.

Zum Beispiel:

- viele Kranken-Häuser
- viele Schulen

Wichtig ist aber:

Auch andere Gebäude müssen barrierefrei werden.

Zum Beispiel:

- der Super-Markt
- die Arzt-Praxis
- die Bücherei

Das kostet ein bisschen Geld.

Aber das kostet nicht zu viel Geld,
wenn man es gemeinsam macht.

Zum Beispiel so:

Der Super-Markt und die Bücherei
teilen sich eine Rampe.



Was muss man am AGG ändern?

Mehrere Menschen haben das **AGG** überprüft.

Sie haben einen Bericht geschrieben.

Das ist ein Text.

In dem Bericht steht,
wie man das Gesetz verbessern kann.

In dem Bericht steht zum Beispiel:

Die Verbands-Klage ist wichtig.

Das bedeutet:

Wenn ein Mensch mit Behinderung
nicht selbst klagen kann,
dann kann eine Gruppe für ihn klagen.

Wir überlegen,

wie man die Verbands-Klage verbessern kann.



In dem Bericht steht auch:

Barriere-Freiheit ist wichtig.

Wenn ein Gebäude nicht barrierefrei ist,
dann kann man klagen.

Der Besitzer muss dann erklären,
warum das Gebäude nicht barrierefrei ist.

Das nennt man:

Angemessene Vorkehrungen.

Angemessene Vorkehrungen sind Hilfen für Menschen mit Behinderung.

Diese Hilfen sind für jeden Menschen anders.

Sie müssen genau für die Person passen.

Sie müssen für die Situation passen.

Damit Menschen mit Behinderung
die gleichen Rechte haben.

Aber:

Die Hilfen dürfen nicht zu viel Geld kosten.

Das sind angemessene Vorkehrungen.

Sie müssen für Menschen mit und ohne Behinderung passen.

Wir überlegen,

ob man daran etwas verbessern kann.

In dem Bericht steht auch:

Viele Gebäude sollen barrierefrei werden.

Zum Beispiel:

- der Super-Markt
- die Bücherei

Die Menschen sollen verstehen:

Barriere-Freiheit ist für alle Menschen gut.

Für die Menschen mit Behinderung.

Aber auch für die Besitzer von den Gebäuden.

Weil die Menschen mit Behinderung dann dort einkaufen können.



Es gibt noch viele andere Möglichkeiten,

wie man das **AGG** verbessern kann.

Wir müssen alle zusammen das **AGG** verbessern!

In 10 Jahren hat das **AGG** wieder Geburtstag.

Es ist dann 20 Jahre alt.

Ich hoffe,

dass das **AGG** dann besser ist.



Abschluss-Statement Frau Bentele

Liebe Leser,

mir hat der Tag heute sehr gut gefallen.

Deshalb möchte ich mich

bei allen diesen Leuten bedanken:

- Teilnehmer
- Moderatoren

Moderatoren führen durch Veranstaltungen.

Das heißt:

Der Moderator sagt zum Beispiel, wer als nächstes spricht.

- Alle die einen Vortrag gehalten haben

Wir haben einige persönliche Berichte gehört.

Dadurch erfahren wir mehr über

das Leben von Menschen mit Behinderung.

Das hat viele Leute interessiert.

Das zeigt mir:

Das **A**llgemeine **G**leich-Behandlungs-**G**esetz ist wichtig.

Die Abkürzung dafür ist **AGG**.

Wir brauchen dieses Gesetz für die Inklusion in Deutschland.

Aber das Gesetz muss besser gemacht werden.

Das haben wir heute beim Fach-Tag gelernt.

Wir brauchen auch eine barrierefreie Privat-Wirtschaft.

Privat-Wirtschaft heißt:

Firmen gehören zur Privat-Wirtschaft

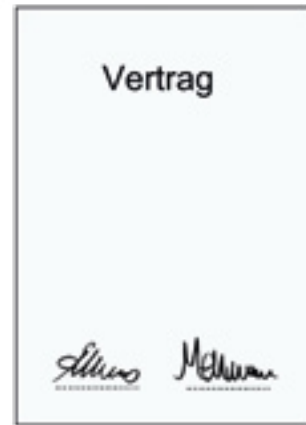
wenn sie kein Geld vom Staat bekommen.

Im **AGG** muss stehen:



Es muss Maßnahmen für Menschen mit Behinderung geben.
Sonst diskriminiert man Menschen mit Behinderung.
Und es muss schwerer sein,
die Regeln für Barriere-Freiheit nicht einzuhalten.
Hält sich jemand nicht an die Regeln:
Dann muss er bestraft werden.

Österreich ist ein gutes Beispiel.
Dort ist die UN-Behinderten-Rechts-Konvention
umgesetzt worden.
Die Abkürzung dafür ist UN-BRK.
Das ist ein Vertrag.
Darin stehen viele Regeln.
Sie sollen das Leben von Menschen mit Behinderung einfacher machen.



Die Gesetze in Österreich sind gut.
Und machen das Leben von Menschen mit Behinderung einfacher.
Das freut mich sehr.
Wir brauchen in Deutschland auch gute Gesetze gegen Diskriminierung.
Aber das kann Deutschland nicht alleine machen.
Die Bundes-Länder müssen auch mitarbeiten.
Bayern ist zum Beispiel ein Bundes-Land von Deutschland.
Wir müssen alle gemeinsam
etwas gegen Diskriminierungen machen.
Dafür brauchen wir neue Gesetze.



Aber Gesetze alleine reichen nicht.
Sie müssen dann auch umgesetzt werden.
Und auch eingehalten werden.

Die Anti-Diskriminierungs-Stelle hat eine Umfrage gemacht.

Die Anti-Diskriminierungs-Stelle ist ein Büro.

Die Abkürzung ist ADS.

Das Büro kümmert sich um Diskriminierung.

Das Büro hat gefragt:

Wie viele Menschen haben

Erfahrungen mit Diskriminierung.

Und wie viele Menschen haben sich dagegen gewehrt.

Nur sehr wenige Menschen haben sich dagegen gewehrt.



Da frage ich mich:

Warum sind das so wenige?

Ich sehe 2 Gründe dafür:

- Wenige kennen die Gesetze.
- Die Betroffenen brauchen mehr Unterstützung.

Sobald sie diskriminiert werden.

Das heißt:

Sie brauchen Hilfe.

Nur dann können Sie für ihre Rechte kämpfen.

Das heißt in schwerer Sprache: Rechts-Schutz.



Der 2. Grund war uns beim Fach-Tag auch sehr wichtig.

Wir brauchen ein Verbands-Klage-Recht im AGG.

Das heißt:

Ein Verein darf für Betroffene klagen.

Damit können wir zum Beispiel

Menschen mit Behinderung besser helfen.

Vereine sind zum Beispiel:

Die Caritas oder die Diakonie.

Die letzten 10 Jahre **AGG** können uns Mut machen.
Und diesen Mut brauchen wir für die Zukunft.
Ich bedanke mich bei Ihnen allen.
Sie haben alle zur Weiter-Entwicklung
von der Inklusion beigetragen.
Und ich wünsche mir:
Was wir heute besprochen haben ist schon bald Wirklichkeit.



Ihre

Verena Bentele

Fach-Tag: 10 Jahre Allgemeines Gleich-Behandlungs-Gesetz

Gerwin Matysiak: Ergebnisse von dem Fach-Tag

Viele Menschen waren beim Fach-Tag.
Sie haben viele Fragen zum **AGG** gestellt.
Und viele Fragen zu anderen Gesetzen.
Sie haben auch viele Antworten bekommen.
Am wichtigsten war für die Teilnehmer vom Fach-Tag:
Die Barriere-Freiheit muss besser werden.
Nicht alle Menschen achten auf Barriere-Freiheit.



Deshalb soll das **AGG** geändert werden.
Das **AGG** soll in Zukunft sagen:
Dienst-Leister müssen auf Barriere-Freiheit achten.
Dienst-Leister sind Menschen,
die etwas für andere Menschen machen.
Und dafür Geld bekommen.
Zum Beispiel:



- der Frisör
- die Telefon-Firma

Und das **AGG** soll sagen:
Geschäfte müssen barrierefrei sein.
Zum Beispiel diese Geschäfte:

- der Super-Markt
- die Bäckerei
- aber auch ein Geschäft im Internet

Das heißt:

Jemand kauft etwas im Internet.



Die Teilnehmer von dem Fach-Tag
haben auch über ein anderes Thema gesprochen:
Über das Thema angemessene Vorkehrungen.
Angemessene Vorkehrungen sind 2 Wörter
aus der schweren Sprache.

Angemessen bedeutet:

Ein Mensch bekommt die Hilfe, die er braucht.

Vorkehrungen bedeutet hier:

Menschen mit Behinderung bekommen Hilfen.

Zum Beispiel:

- Ein Roll-Stuhl-Fahrer bekommt eine Rampe.
Er hat dann keine Probleme mit der Treppe.
- Ein blinder Mensch bekommt einen Blinden-Hund.
Der Hund zeigt ihm den Weg.

Manchmal sind diese Hilfen aber sehr teuer.

Manchmal sagt der Arbeit-Geber
oder der Besitzer von einem Geschäft:

Das ist zu teuer für mich.

Zum Beispiel:

Die Rampe für den Roll-Stuhl-Fahrer ist zu teuer.

Dann muss man überlegen:

Ist die Rampe wirklich zu teuer?

Muss der Arbeit-Geber die Rampe wirklich bezahlen?

Sind die Vorkehrungen für ihn angemessen?

Die Teilnehmer von dem Fach-Tag sagen:

Viele Menschen wissen nicht genau,
was angemessene Vorkehrungen sind.

Die Gesetze sollen genau sagen,



was angemessene Vorkehrungen sind.
Die Gesetze sollen auch erklären,
wie man angemessene Vorkehrungen trifft.
Und die Gesetze sollen sagen:
Jeder muss angemessene Vorkehrungen treffen.
Wer das nicht macht,
bekommt eine Strafe.



Es gibt noch ein Problem mit den Gesetzen:
Wenn man diskriminiert wird,
dann kann man klagen.
Aber in vielen Gesetzen steht:
Menschen mit Behinderung müssen alleine klagen.
Der Selbst-Hilfe-Verband kann nicht klagen.
Die Teilnehmer vom Fach-Tag finden das nicht gut.
Aus diesen Gründen:

- Viele Menschen mit Behinderung kennen die Gesetze nicht so gut.
- Viele Menschen mit Behinderung haben nicht genügend Geld, um zu klagen.
- Viele Menschen mit Behinderung haben nicht genügend Zeit, um zu klagen.



Der Selbst-Hilfe-Verband könnte
den Menschen mit Behinderung helfen.
Er könnte für die Menschen mit Behinderung die Klage machen.
Aber alle Gesetze müssen das erlauben.

Der Fach-Tag war für uns alle sehr wichtig.
Wir haben über Politik gesprochen.
Und darüber,
wie wir in Zukunft zusammen arbeiten können.
Wenn die Politiker bald das AGG verbessern.
Dann helfen wir ihnen gerne dabei!

Impressum in Leichter Sprache

Übersetzt von **sag's einfach** – Büro für Leichte Sprache, Regensburg.

Geprüft von der **Prüfgruppe der Straubinger Werkstätten Sankt Josef** der Katholischen Jugendfürsorge Regensburg und der **Prüfgruppe der Werkstatt für Barrierefreiheit Abensberg**.

Die Bilder kommen von der © **Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung Bremen e.V.**, Illustrator Stefan Albers, Atelier Fleetinsel, 2013
und vom **Bundesverband Selbsthilfe Körperbehinderter e.V.**
und vom **Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienste e.V.**
und von der **rbm gemeinnützige GmbH**
und vom **Fotograf Henning Schacht**.